DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V. 12/87

ANTIFASCHISTISCHER RATSCHLAG

Am 31. Januar 1988 führen die "Bremerinnen und Bremer gegen Neofaschismus" einen "Antifaschistischen Ratschlag" im DGB-Haus durch. Nach einem Jahr vielfältiger Veranstaltungen, Aktionen und einer von 8 500 Menschen unterstützten Unterschriftensammlung u.a. für das Verbot und die Auflösung neofaschistischer Organisationen soll diese Arbeit ausführlich ausgewertet und der Handlungsrahmen für die nächste Zeit festgelegt werden.

vor einem Jahr war die antifaschistische Initiative entstanden. Nach dem FAP Aufmarsch in der Bremer Innenstadt (anläßlich des 18. Januar 1871, "Reichsgründung") und dem auf das VVN-Büro verübten Anschlag trafen sich Sozialdemokraten, Grüne, Kommunisten, Gewerkschafter, Christen und unorganisierte Antifaschisten auf Einladung der VVN, um solchen aggressiven Aktivitäten gemeinsam entgegenzutreten.
Die Arbeit der "Bremerinnen und Bremer gegen Neofaschismus" hat sich auch in der schwierigen Wahlkampfsituation bewährt. Sie wird mittlerweile auch von Parteien und Organisationen unterstützt.

Das Ziel, die Zulassung der DVU-Liste D bzw. ihren Einzug in das Parlament zu verhindern, ist nicht erreicht worden. Durch den aggressiven millionenschweren Propagandafeldzug der DVU-Liste D und in den vielfältigen antifaschistischen Aktivitäten ist deutlich geworden, daß eine umfassende Strategie zur Bekämpfung des Neofaschismus und zur Durchsetzung einer antifaschistischen Bundesrepublik entwickelt werden muß. Ein politischer Ansatz dazu ist mit den Thesen zur Diskussion der neofaschistischen Gefahr von den "Bremerinnen und Bremern gegen Neofaschismus" vorgelegt worden. In ca. 10 Arbeitskreisen sollen diese Thesen zu unterschiedlichen Schwerpunkten diskutiert und weiterentwickelt werden.

In den Beratungen sollen darüber hinaus auch konkrete Forderungen der antifa Bewegung aufgestellt werden. Die Vorbereitungen von fast allen Arbeitskreisen ist bereits abgesichert. Die verantwortlichen Personen legen zur Diskussionsführung kurze Papiere vor. Der Ratschlag soll mit einem Forderungs- und Handlungskonzept für einen überschaubaren Zeitraum abgeschlossen werden.

Es lohnt sich, teilzunehmen.
Ein Materialreader wird voraussichtlich ab 25. Januar u.a. im Büro der VVN gegen Kostenbeteiligung erhältlich sein. - Volker -

ANTIFASCHISTISCHER RATSCHLAG

Thesen zur Diskussion

Erstmals seit 16 Jahren ist wieder eine neofaschistische Organisation in einem bundesdeutschen Landesparlament vertreten. Die Tatsache, daß ca. 18.000 Bremer Wählerinnen und Wähler (entspricht 4,7%) der DVU–Liste D, der FAP und den Republikanern ihre Stimme gaben und damit ihre Zustimmung zu neofaschistischen Parolen wie "Deutschland den Deutschen" oder "Deutschland zuerst" bekundeten, ist eine Herausforderung für alle demokratischen Kräfte. Die Gründe dafür, daß heute, 42 Jahre nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus, neofaschistische Gruppen eine neue Anziehungskraft entwickeln und wieder zu einem gefährlichen Faktor in der Politik werden, zeigen, daß dies kein Zufall ist.

Die propagandistische Wirkung des millionenschweren Werbefeldzuges neofaschistischer Gruppen muß als Problem angesehen werden. Ohne diese Wirkung bereits präzise messen zu können, läßt sich schon heute sagen, daß nationalistische Propaganda im subjektiven Empfinden Spuren hinterlassen hat. Offenem ausländerfeindlichen Auftreten ist der Weg bereitet worden und die Gefahr, daß Ausländer/innen zum Sündenbock für wirtschaftliche und soziale Not gemacht werden, hat zugenommen.

Den Nährboden, ohne den solche Wirkungen kaum entstehen könnten, bildet die bedrohliche wirtschaftliche und soziale Lage mit den damit verbundenen Resignationstendenzen und Zukunftsänsten vieler Menschen. Die entsolidarisierende Politik der Bundesregierung, die, statt wirkungsvolle Maßnahmen gegen Massenarbeitslosigkeit, neue Armut und Ausgrenzung von Minderheiten zu ergreifen, mit Asylrechtsdebatte, Vermummungsverbot, Maßnahmen gegen AIDS–Kranke u.ä. das innenpolitische Klima vergiftet, begünstigt – ob gewollt oder nicht – das Treiben neofaschistischer Gruppen. Staat und Rechtssprechung in der BRD haben lange Zeit neofaschistische Tendenzen unterschätzt und verharmlost.

In weiten Teilen der Bevölkerung ist immer noch ein demokratisch unausgefülltes Verständnis von Begriffen wie Nationalbewußtsein, Tradition und Vergangenheitsbewältigung vorhanden. Obwohl in den letzten Jahren vor allem in der jungen Generation antifaschistische Aufklärungsarbeit hier positive Ergebnisse bewirkt hat, bietet die über Jahrzehnte erfolgte und immer noch wirkende Veränderung der deutschen faschistischen Vergangenheit heute Ansatzpunkte für reaktionärste Parolen der DVU–Liste D, der FAP und auch der Republikaner.

Geschichtsfälschung und Sündenbocktheorie waren und sind wichtige Elemente neofaschistischer Propaganda, mit denen ein neuer Nationalismus, Militarismus und eine antidemokratische Politik betrieben wird. Gerade zu diesen Bereichen müssen wir verstärkt Aufklärungsarbeit leisten.

Ermutigend schnell hat sich demokratische Gegenwehr entwickelt, die durch Aufklärung und Protestaktionen erreicht hat, daß in den Augen der allermeisten Bremerinnen und Bremer z.B. die neuangetretene DVU–Liste D neofaschistisch diskreditiert ist. Dabei ist die Diskussion um die Notwendigkeit und mögliche Wege eines Verbots und die Auflösung faschistischer Gruppen zu einem Bestandteil antifaschistischer Gegenstrategien geworden. Wirkungsvoll ist diese Gegenwehr vor allem dadurch geworden, daß sich an ihr fast alle gesellschaftlichen Kräfte in Bremen – von Parteien über Gewerkschaften und Kirchen bis zu Schüler/innen, Sportvereinen und Musikern – beteiligen und sich über ideologische Grenzen hinweg zur Zusammenarbeit bereitgefunden haben.

Weil der Neofaschismus sich nicht von selbst erledigt und weil es Menschen gibt, die von seiner Demagogie sich verleiten lassen, muß eine antifaschistische Strategie breit angelegt werden. Die Entfaltungsmöglichkeiten des Neofaschismus müssen durch eine endgültige Ächtung eingeschränkt und schließlich beseitigt werden. Die gesellschaftlichen Wurzeln, die ihn ermöglichen, müssen angegangen und bekämpft werden. Diese Aufgaben können einzelne demokratische Kräfte nicht allein bewältigen. Sie erfordern die gemeinsame Anstrengung aller Antifaschisten/innen.

Es ergeben sich folgende Aufgaben:

1. Dem weiteren Auftreten von neofaschistischen Gruppen und Verbreitung ihrer menschenfeindlichen Propaganda muß ein Ene bereitet werden. Dazu gehören weiterhin mutige und breite Protestaktionen gegen geplante neofaschistische "Aufmärsche" und Veranstaltungen ebenso wie gemeinsame Überlegungen zur Durchsetzung des endgültigen Verbots und der Auflösung neofaschistischer Gruppen wie der FAP, der DVU–Liste D u.ä.

2. Der Ausländerfeindlichkeit, die eine Diskrimierung eines bedeutenden Teils der Bremer Bevölkerung darstellt, wollen wir unser Engagement für ein friedliches Zusammenleben von Deutschen und Ausländern, für mehr demokratische Rechte für alle Bremerinnen und Bremer entgegensetzen. Dazu sind politische Schritte wie die Durchsetzung eines Wahlrechts für ausländische Bürger als auch vermehrte Zusammenkünfte wie deutsch–ausländische Freundschaftsfeste notwendig.

3. Als antifaschistische Antwort auf die nationale Überheblichkeit und Kriegshetze neofaschistischer Gruppen verstehen wir unser Eintreten für Frieden, atomare und konventionelle Abrüstung und Entspannung. Deshalb treten wir für die verstärkte Zusammenarbeit der antifaschistischen und der Friedensbewegung ein.

4. Die Lehre "Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!", die Antifaschisten 1945 aus der nationalsozialistischen Vergangenheit zogen, wollen wir immer wieder vor allem auch jungen Menschen nahebringen und begründen. Deshalb beteiligen wir uns an der in Bremen entwikkelten Gedenkstätten– und Trauerarbeit und unterstützen die Forschungs– und Vermittlungsarbeit der vielfältigen Bremer Geschichtsgruppen, die mit Veröffentlichungen und Ausstellungen zur Aufarbeitung unserer Vergangenheit beitragen.

5. Der Demagogie, mit der neofaschistische Organisationen die schwierige wirtschaftliche und soziale Lage vieler Menschen für ihre Ziele mißbrauchen, muß durch wirkungsvolle Maßnahmen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und ne[illegible] Armut der Boden entzogen werden. [illegible] unterstützen deshalb die gewerkschaftlichen Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigungsprogrammen.

6. Der Radikalität der Losungen neofaschistischer Organisationen, die auf unzufriedene, gesellschaftlich entwurzelte aber aktionswillige Menschen abzielt, müssen wir ein umfassendes Konzept antifaschistischer–demokratischer schulischer und außerschulischer Jugendarbeit entgegensetzen. Wir fordern junge Menschen auf, sich selbst aktiv in den Gestaltungsprozeß dieser Gesellschaft einzumischen. Die schlimme Situation vieler Bremer Jugendlicher muß durch die Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit und chancengleiche Bildungsangebote verbessert werden.

7. Die Gefahr des Neofaschismus liegt darin, daß scheinbar nur einzelne Gruppen – Ausländer, Frauen, Schwule, Behinderte – dieser Gesellschaft verunglimpft, diskrimiert und ausgegrenzt werden. D[illegible] Angriff zielt im Kern aber auf die A[illegible]höhlung demokratischer Grundrechte und die gleichzeitige Durchsetzung polizeistaatlicher Methoden. Dem setzen wir eine politische Kultur des umfassenden Dialoges für die Verwirklichung einer antifaschistisch–demokratischen Bundesrepublik entgegen.

Deshalb fordern wir alle demokratisch gesinnten Menschen und Organisationen in Bremen auf, über ideologische Grenzen hinweg über diese Aufgaben zu diskutieren und sich für diese Ziele zusammenzufinden.

Wir rufen alle Bremer Antifaschistinnen und Antifaschisten auf
– auf der Grundlage dieser Thesen über die möglichen Wege zur Bekämpfung des Neofaschismus zu diskutieren,
– Strategien für die Arbeit in Stadtteilen und Betrieben zu erarbeiten und
– Vorschläge für die Durchführung des "Antifaschistischen Ratschlags" zu entwickeln.

Bremerinnen und Bremer gegen Neofaschismus:
"DER GEFAHR DES NEOFASCHISMUS ENTGEGENTRETEN"

VORSCHLAG FÜR DEN ANTIFASCHISTISCHEN RATSCHLAG AM 31. JANUAR 1988

Beginn: 9.30 Uhr **Abschluß: 18.00 Uhr** **Ort: DGB–Haus**
Veranstalter: 'Bremerinnen und Bremer gegen Neofaschismus'

1. IM PLENUM

1. 1. Einordnung der politischen Bewegung in Bremen

1. 2. Grundsätzliche Stellungnahmen
– Antifaschismus – ist mehr als eine Gegenstrategie
– Die Bedeutung und Gefahr des Neofaschismus

1. 3. Berichte:
Erfahrungen aus Frankreich
Erfahrungen aus Baden–Württemberg
Erfahrungen aus Nordrhein–Westfalen

2. VERTIEFENDE DISKUSSION IN ARBEITSGRUPPEN

AG 1 Antifaschistische Kommunalpolitik:
Zu diesem Punkt sollten Beiräte, Ortsämter, Schulen, Stadtteilinitiativen usw. gewonnen werden, um konkrete Überlegungen für einen Stadtteil zu entwickeln.
Verantw.: Horst Lutzebäck, Volker Homburg u.a.

AG 2 Verbot neofaschistischer Organisationen – Chancen und Grenzen für die politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland / welche verfassungsrechtlichen Möglichkeiten gibt es?
Verantw.: Jochen Rieß, Rainer Moitz u.a.

AG 3 Betriebsarbeit und Neofaschismus / Gewerkschaften und Antifaschismus
Verantw.: Betriebsrat Klöckner

AG 4 Faschismus im Alltag / wie wirken 12 Jahre Faschismus im heutigen Bewußtsein der Menschen nach?
Verantw.: Armin Stolle u.a.

AG 5 Antifaschistische Arbeit in Kirchengemeinden
Verantw.: Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden u.a.

AG 6 Rechtsextremismus und Ausländer / Konsequenzen für eine demokratische Ausländerpolitik
Verantw.: Dachverband Ausländerkulturvereine Bremen e.V.

AG 7 Jugendkultur – Jugend und Neofaschismus
Verantw.: N.N.

AG 8 Frauen und Neofaschismus
Verantw.: N.N.

AG 9 Bin ich stolz ein Deutscher zu sein? Was heißt nationale Identität?
Verantw.: N.N.

AG 10 Auf dem Weg zum Polizeistaat? – Die Konsequenzen einer Wendepolitik
Verantw.: N.N.

3. PLENUMSDISKUSSION ÜBER KONSEQUENZEN FÜR DIE WEITERE ARBEIT

– Gemeinsame Resolution / Thesen zum Neofaschismus
– Forderungskatalog
– Handlungen/ Aktionen für einen überschaubaren Zeitraum (z.B. Vorbereitung einer antifaschistischen Woche um den 9. November; 20. Februar 1988 Veranstaltung des Flüchtlingsrates zur Asylproblematik)

4. ABSCHLUSS DER VERANSTALTUNG MIT KRANZNIEDERLEGUNG AUF DEM PLATZ VOR DEM FINANZAMT ZUR UNTERSTÜTZUNG DER FORDERUNG NACH BENENNUNG IN LIDICE–PLATZ

1988

Liebe Kameradinnen und Kameraden,
liebe Freunde,

mit dem neuen Jahr beginnt für die VVN-BdA ein entscheidender Abschnitt. Ein entscheidender Abschnitt in unserem Einsatz für Frieden und Demokratie. Am Beginn dieses Abschnittes steht die Entscheidung der USA und der UdSSR, drei Prozent Atomraketen zu verschrotten. Das ist ein Erfolg, an dem die antifaschistische Bewegung einen nicht geringen Anteil hat. Um auch diesen Erfolg zu sichern und weitere zu erzielen, sagt uns unser O. und A.-Programm, ist es notwendig, unsere Organisation zu stärken. Um diesen Auftrag zu erfüllen, beschloß der Bundesvorstand am 4./5. Oktober 1987 eine "Carl v. Ossietzky-Kampagne". Das ist ein guter Beschluß, denn Carl v. Ossietzky verkörpert die Einheit von Vernunft und Mut. Dafür gibt es viele Artikel und seinen persönlichen Einsatz.

Als man 1929 einen Republikschutz erließ, kennzeichnete er dieses als ein Gesetz gegen die Kommunisten wie gegen alle Demokraten. Als 1932 die Führung der SPD sich für die Wahl Hindenburgs als Reichspräsident entschied, entschied er für Thälmann und dessen antifaschistische Aktion. Als der Faschismus zur Staatsmacht erhoben wurde, erklärte er am 17. Februar 1933 vor Berliner Schriftstellern: "Die Flagge, zu der ich mich bekenne, ist ... das Banner der geeinten antifaschistischen Bewegung." Für Carl von Ossietzky war der Kampf gegen den Faschismus stets ein Kampf gegen Aufrüstung und Krieg.

Weil er die heimliche Aufrüstung enthüllte, wurde er am 23.11. 1931 wegen Landesverrat zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Wenige Tage später, am 1.12.31, wurde ein neuer Prozeß gegen seine "Weltbühne" wegen ihrer Enthüllungen der Vorbereitung des Krieges eröffnet. Als die Schleicher-Regierung Weihnachten 1932 eine Amnestie erließ, schlug er den Rat seiner Freunde aus und ging nicht ins Ausland. Carl von Ossietzky, der konsequente Mahner zur Einheit der antifa.Bewegung, stand an der Spitze der Liste der Frauen und Männer, die der Faschismus vernichten wollte und vernichtet hat.

Mit den Kommunisten wird er am 28. Februar 1933 verhaftet. Die Nazis versuchten sogar, ihn als Schuldigen am Reichstagsbrand anzuklagen. Während er in den Konzentrationslagern von der Solidarität der politischen Häftlinge gestützt wurde, setzte sich die fortschrittliche Welt für seine Freiheit ein.

Für seinen mutigen Kampf wurde ihm am 23. November 1936 der Friedensnobelpreis verliehen. Die Nazis gaben ihm nicht die Freiheit, sondern verschleppten ihn in ein Krankenhaus, in dem er am 4. März 1938 verstarb.

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, liebe Freunde, im Namen von Carl von Ossietzky wollen wir uns dafür einsetzen, daß das entscheidende Jahr 1988 das erste Jahr für eine atomwaffenfreie Welt wird. Damit wir das erreichen, wünsche ich im Namen des Landesvorstandes ein gutes, ein erfolgreiches Jahr.

-Willy Hundertmark



ZEITZEUGEN

In unserer Reihe "Zeitzeugen" wollen wir diesmal vorstellen:

Willi Schäfter, geb. am 28. Januar 1910 in Gunsenhagen/Mittelfranken, seit 1928 wohnhaft in Bremen.



Wer Willi Schäfter sagt, meint "die TAT" / "DVZ", eben "VOLKSZEITUNG". Unermüdlich verkauft er nach wie vor die Zeitung bei Demonstrationen und Kundgebungen. Allerdings geht er nicht mehr mit seinem Paket zur Uni, um dort innerhalb von einer Stunde 2o Zeitungen zu verkaufen. Hier war er bekannt, Woche für Woche verkaufte er die Zeitung und agitierte Studenten, die seine Enkel hätten sein können. Oft forderte Willi jüngere Kameraden auf, ihn hierbei zu begleiten. Als ihm diese Unterstützung versagt blieb, ließ auch Willi diese Tätigkeit sein. Es ärgert ihn schon. "Aber was soll ich machen, mit 77 kann ich doch auch nicht mehr all das tun, was ich früher mal gemacht habe!"

Früher, da war der junge Willi ein athletischer Typ, Radrennfahrer, Ringer, Gewichteheber. Seine Kindheit wurde vom Ersten Weltkrieg geprägt. Seine ersten politischen Diskussionen führte er im SPD-nahen Radclub "Solidarität". 1923 machte er eine vierjährige Lehre als Kupferschmied. Sofort trat er in die Gewerkschaft ein. Bei den Metallern ist er nun schon über 6o Jahre.
Willi wird in den 2oer Jahren einer von vielen Arbeitslosen. In Duisburg bleibt er vorläufig "hängen". Zusammen mit fünf anderen Montagearbeitern wohnt er im Haus des Kommunisten Max Engels. Nach der Arbeit wird oft diskutiert. Willi tritt der KPD bei. Nächstes Jahr wird er auch dort seine 6o Mitgliedsjahre vollenden. Auf seiner Wanderschaft verschlägt es ihn letztendlich nach Bremen. Dort findet er schließlich ein Zuhause. Aber zwischendurch fährt er zur See, um überhaupt seinen Lebensunterhalt verdienen zu können. Als Gewerkschafter und Kommunist agitiert Willi in den Jahren des aufstrebenden Faschismus seine Arbeitskollegen. Zusammen mit anderen ist er aktiv im "Internationalen Seemannsclub" für Hafenarbeiter und Seefahrer. Hier spielt man Theater, diskutiert mit ausländischen Gästen, etc.. Und aus diesem Kreis kommen auch die Leute, mit denen er in die Illegalität geht. Es wurden Flugblätter verteilt und Parolen gemalt. (Den Spruch "Wählt KPD Liste 3", 1933 geschrieben, konnte man noch nach der Befreiung vom Faschismus auf der Eisenbahnbrücke lesen). Doch dann folgt seine Verhaftung. Im Gosselhaus wird er von der SA schwer mißhandelt. Zusammen mit Willi Müller sitzt er in einer 4-Mann-Zelle der Ostertorwache. Aber dort sitzen sie nicht nur zu zweit, sondern mit lo Gefangenen! Wieder entlassen, fährt er zur See, um sich der Gestapo-Aufsicht zu entziehen.

1941 lernt er Else kennen, 1943 heiraten sie. Strafbataillon 999, Organisation Todt sind die weiteren Stationen seiner Bekanntschaft mit dem "Tausendjährigen Reich". Aus der Gefangenschaft kann er flüchten, weil seine Else draußen vor dem Lagertor mit dem Fahrrad bereitsteht.

1947 ist Willi Schäfter einer der Mitbegründer der VVN in Bremen. Seitdem ist er innerhalb der Organisation Kassierer. Sein Wunsch aber bleibt: Jede(r) VVN-Kamerad(in) soll wöchentlich eine "VOLKSZEITUNG" im Bekanntenkreis verkaufen! -John-

TERMINE

Gruppe West: 16. Januar, 15.oo h
Jahreshauptversammlung, Bgm.-Deichmann-Str. 26

HB Nord Bürgerhaus Gustav-Heinemann:

13. Jan., 19.3o h - Bürgerkeller, Camp in Marzabotto 27.6.-12.7.88. (Folgetreffen 3. Febr., 19.3o h)

Bis 14. Jan. Anmeldungen für Wochenende 16./17. Jan. 88 im Friedensmuseum Sievershausen bei Hannover (Gemeinde Rautenberg) Abfahrt mit PKW-Fahrgemeinschaften 16.1. um 9.oo h, Rückkehr 17.1. um 18 Uhr, Anmeldungen: 650805.

Antifakreis: 27. Jan. 2o Uhr Raum lol. Öffentliche Veranstaltung "4o. Jahrestag des Volkskongresses in Aumund".
28. Jan. "Bremen im III. Reich" Referentin Dr. Inge Marßolek, gemeinsam mit dem AK Stadtteilgeschichte.
Sa. 31. Jan. (ab lo bis ca. 15 h) "Antifa-Stadtrundfahrt Bremen Nord" (Gruppenmitgl. bereits 9.3o h im Bürgerhaus).
Do. 4. Febr. 2o.oo h "Neofaschismus", Referent H. Meyer
Veranstalter: Bündnis / VVN-BdA

Gruppe Bremerhaven: Mitgliedervers. 12. Jan. um 2o.oo h - Thema: Diskussion zur Gruppensituation.

Gruppe Ost: ACHTUNG!!!
Nächste regelmäßige MV am Mittwoch den 24. Februar, 1930 h, Weserter.
Im Januar treffen wir uns am Di., 26.1. bei der Veranstaltung der Stadtteilinitiative gegen Neofaschismus Schwachhausen und beim Antifaschistischen Ratschlag

GEBURTSTAGE IM JANUAR

Arthur Reinecke	3.1.	89 Jahre
Frieda Giese	4.1.	74 Jahre
Lina Schwartz	5.1.	82 Jahre
Hans Mayer	9.1.	75 Jahre
Karl Weidner	lo.1.	77 Jahre
Fritz Franz	17.1.	77 Jahre
Heinrich Kampen	19.1.	9o Jahre
Wilhelm Schäfter	28.1.	78 Jahre

Unseren Kameradinnen und Kameraden herzliche Glückwünsche und Gesundheit für`s neue Lebensjahr !

MAHNWACHE

Seit dem 13. September 1987 hat ein Vertreter der der neofaschistischen DVU-Liste D Sitz und Stimme in der Bremer Bürgerschaft. Was Medien und Demokraten im Wahlkampf befürchteten, wurde zur Gewißheit. Ein neuer Morgen für die von gestern? Noch in der Wahlnacht versammelten sich hunderte Bremer Bürgerinnen und Bürger spontan auf dem Marktplatz aus Betroffenheit und Protest. Bremer Persönlichkeiten brachten in ersten Stellungnahmen ihre Bestürzung zum Ausdruck.

"Der Schoß ist fruchtbar noch..." mahnte seinerzeit Bert Brecht, und wir müssen nun zur Kenntnis nehmen: auch hier in Bremen keimt die Saat. "Wehret den Anfängen" ist die Devise der VVN seit ihrer Gründung, und der Schwur von Buchenwald seither Mahnung und Richtschnur ihres Handelns. Als sich die neugewählte Bürgerschaft am 14 Oktober konstituierte, standen Verfolgte des Naziregimes in KZ-Kleidung mit diesem Schwur vor dem Parlamentsgebäude. Die VVN-Bund der Antifaschisten wird dort fortan bei jeder Bürgerschaftssitzung eine zweistündige Mahnwache mit diesem Schwur durchführen.

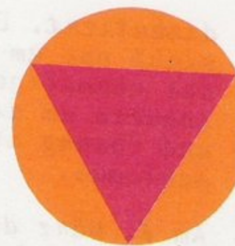
Zweimal - im November und im Dezember - tagte inzwischen die Bürgerschaft und zweimal standen auch Kameradinnen und Kameraden der VVN-BdA mahnend vor dem Parlamentsgebäude, um der Öffentlichkeit zu sagen: Gewöhnt Euch nicht an diesen Zustand - Seid wachsam - Tut was.

Wir fordern unsere Kamerad(inn)en und alle Demokraten auf: Stellt Euch zu uns.

Die nächsten Mahnwachen werden sein: Mi. 27. Jan./ Mi. 17. Febr./ Mi. 16. März - jeweils 16-18 Uhr.

-Helga-

DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

R Ü C K B L I C K   A U F   D A S   J A H R   1 9 8 7

1987 stand für die VVN-BdA im Zeichen ihres 40-jährigen Bestehens. 40 Jahre VVN das sind 40 Jahre des ständigen Einsatzes für die berechtigten Forderungen der Opfer und Gegner des Naziregimes unter mehrfach veränderten gesellschaftlichen Bedingungen.

40 Jahre VVN, das sind aber auch 40 Jahre Erforschung und Vermittlung der Geschichte des Widerstandes gegen Faschismus und Krieg als wesentlichen Beitrag für die Entwicklung der politischen Kultur. Ohne Zweifel, in diesem Jahr 1987 hat der Antifaschismus im Lande Bremen an Bedeutung zugenommen. Das förderte die Aussprache in der VVN für die Überarbeitung des Orientierungs- und Aktionsprogramms (O + A Programm), das auf dem Bundeskongreß im Mai verabschiedet wurde. Das neue O + A Programm geht von der Tatsache aus, daß wir erstmals in der Nachkriegsgeschichte die reale Chance des Einstieges in die Abrüstung haben. Es weist den Weg in das 21. Jahrhundert. Dazu heißt es im Programm:

"In der Auseinandersetzung um die Entscheidungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts ist die Erfahrung der Antifaschisten unverzichtbar: Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Und: Der Erfolg steht und fällt mit der Gemeinsamkeit des Handelns. Antifaschismus ist die gesammelte Erfahrung, wie auch Gegner von gestern zu Gesprächspartnern von heute und Verbündeten von morgen werden können."

Die einigende Kraft des Antifaschismus wurde in der Vorbereitung und Durchführung unserer Veranstaltung zu 40 Jahre VVN am 13. März im Bremer Rathaus dokumentiert. Diese Kraft zeigte sich durch die drei Festredner, durch die kulturellen Beiträge, aber auch durch die Vielfalt der Teilnehmer. Repräsentiert wurde diese Vielfalt durch antifaschistische, religiöse, kulturelle und demokratisch-politische Gruppierungen im überfüllten Festsaal. Einige Dias zeigten Denkmäler und Gedenktafeln von Stätten der faschistischen Verfolgung und des antifaschistischen Widerstandes. Sie sind Ausdruck des antifaschistischen Klimas im Lande Bremen. Die Geschichtsarbeit der VVN-BdA leistete einen wichtigen Beitrag zur Entstehung dieser Gedenkstätten. Es wurden die Kameradinnen und Kameraden geehrt, die entscheidend die Organisation geprägt haben. Geehrt wurden auch die, die nicht mehr unter uns weilen. Alle noch lebenden Kameradinnen und Kameraden, die seit 1947 dabei sind, wurden vom Kameraden Max Oppenheimer vom Präsidium besonders gewürdigt. Unvergessen ist der musikalische Beitrag der Gruppe Argut.

Im "Schatten" dieser Festveranstaltung tagte am nächsten Tage, am 14. März, im Gemeindesaal von St. Stephanie die Landesdelegiertenkonferenz. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Auswertung unserer Tätigkeit und unsere Vorschläge für das neue O + A Programm.

Anläßlich des 8. Mai wurde ein Seminar zum Thema "Zwangsarbeit und Wiedergutmachung" durchgeführt. Träger dieser Veranstaltung waren die Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden, VVN-BdA und andere. In dem über Bremen hinaus beachteten Seminar wurden Schritte für das weitere Vorgehen

diskutiert. Es ging dabei aber nicht nur um die Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter, sondern um die Entschädigung und Ehrung aller Opfer des Faschismus.

Am 6. März dieses Jahres, zum 40. Jahrestag der Grundsteinlegung der Ehrenanlage für die KZ-Opfer und Soldaten durch den Bürgermeister Wilhelm Kaisen, kam es zu einer eindrucksvollen Gedenkveranstaltung. Sie wurde getragen von der VVN-BdA, der AvS und der Lidice Initiative. Die besondere Bedeutung der Veranstaltung wurde durch den Bürgerschaftspräsidenten , die Vertreter des Senats, des DGB und Parteienvertreter unterstrichen. Die Gruppe Argus und die Gruppe Andariegos (Chile) sowie ein Kamerad aus der CSSR repräsentierten die internationale Solidarität.

Internationale Beteiligung prägte auch die Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht. Am ahemaligen Altersheim für jüdische Frauen und Männer in Gröpelingen mahnte Senator Volker Kröning besonders die Justiz, ihre Schuld aufzuarbeiten. Pastor H. Drewes verlas die Rede des erkrankten Rabbiners Barslai. Im Nachbarschaftshaus am Ohlenhof wurden die Ausführungen des Kameraden Korney, CSSR, ehemaliger Häftling im KZ Theresienstadt sowie des Prof. K. Pätzold aus der DDR mit außergewöhnlich großem Interesse aufgenommen. Sehr eindrucksvoll die jiddischen Lieder vom Widerstand, die Frau Uta Garcia mit Begleitung gekonnt vorgetragen hat.

Vielfältig waren die Aufgaben, die von den Kameradinnen und Kameraden in den Gruppen und Kreisen gelöst wurden. Regelmäßig waren die Zusammenkünfte, auch in den antifaschistischen Arbeitskreisen. Jeden Monat erschien "Der Bremer Antifaschist", in dem leider nicht alle Aktivitäten ausgewertet wurden. Trotzdem, wenn man alle Ausgaben noch einmal liest, kann man feststellen: Es gab eine Anzahl eigene und von Bündnissen getragene Veranstaltungen. Alle trugen zur Stärkung des antifaschistischen Bewußtseins bei.

Eine starke Wirkung ging von der Initiative "Bremerinnen und Bremer gegen den Neofaschismus" aus. Gemeinsam haben Sozialdemokraten, Kommunisten, Grüne, Christen, Gewerkschafter und unorganisierte Antifaschisten mit bescheidenen Mitteln und persönlichem Einsatz Aufklärungsarbeit gegen die millionenschwere Schlammflut der DVU-NPD geleistet.

Die Tatsache, daß die Liste D nur mit zwei Abgeordneten in das Bremerhavener Parlament und mit einem in die Bürgerschaft einziehen konnte, obwohl es immer noch zuviele sind, ist dem Wirken der Antifaschisten zu verdanken. Dies zeigt uns, daß die Aufklärung über das Wesen des rechten Konservatismus und der neofaschistischen Gruppen noch verstärkt werden kann und muß. Vor allem müssen wir ständig nachweisen: Nach Recht und Strafgesetz darf keine Organisation existent sein, die sich in Programm und Ziel an an der Nazipartei orientiert. Daher sollte im vorgesehenen Ratschlag im Januar 1988 Tagespunkt 1 lauten: "Die Bedeutung der antifaschistischen Grundsätze im G.G., im St.G.B. und im Völkerrecht."

Setzen wir Zeichen, wie der Bürgermeister Klaus Wedemeier, wie die Bremische Bürgerschaft, Zeichen, wie unsere Kameradinnen und Kameraden, die am 14. Oktober in KZ-Uniformen und am 11. November zur Mahnung am Haus der Bürgerschaft standen. Zeichen, die wir uns mit dem überarbeiteten O + A Programm setzten, das in Gegenwart von Vertretern der 72 internationalen Organisationen des Widerstandes vom Bundeskongreß beschlossen wurde.

Deshalb rufen wir den Frauen und Männern, die den Faschismus und Krieg verhindern wollen, zu:
Kommt zu uns, helft mit, das Vermächtnis des großen Humanisten Carl von Ossietzki zu erfüllen

VON DEUTSCHEM BODEN MU$ FRIEDEN AUSGEHEN !

Willy Hundertmark

Z E I T Z E U G E N

Unter diesem Titel wollen wir im Laufe der Zeit einige VVN-Kamerad(inn)en vorstellen, die nicht immer im Licht der Öffentlichkeit stehen, die aber nach wie vor mit ihren Beiträgen dafür sorgen, daß antifaschistische Erfahrungen weitergegeben werden.

Lorenz Schreimel, geb. am 26.12. 1914 in Erlangen, seit 1960 wohnhaft in Bremen Blockdiek.

In diesem Monat wird Lorenz bereits 73 Jahre alt, aber nach wie vor hebt er streitbar seinen Stock, wenn er mit dem (Neo-)Faschismus konfrontiert wird. Ob es nun im Gerichtssaal beim Privenau-Prozeß ist, oder bei NPD-Infoständen in Bayern unlängst während seiner Kur. Während des Krieges hat er gesehen, welches Elend der Faschismus über Europa gebracht hat. Das möchte er nicht noch einmal erleben.
Der gelernte Konstruktionsschlosser, der sich während seiner Lehre dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands angeschlossen hatte, mußte ab ´34 seinen Wehrdienst ableisten. Freiwillig meldete er sich zu den Fliegerstaffeln, um so wenigstens in seinem Beruf arbeiten zu können. Im Juni ´41 wurde er wegen Beleidigung verhaftet und verurteilt. Nach einem einjährigen Aufenthalt in einem Zwangsarbeiterlager der Messerschmidt-Werke in der Nähe von Regensburg kam er zu einem Strafbataillon, das 1944 nach Italien verlegt wurde.

Nachdem er Kontakte zu den italienischen Partisanen der Garibaldi-Brigaden hatte und ihnen Informationen über Truppeneinsätze der Wehrmacht mitteilte, lief er August ´44 zu ihnen über. Hiermit konnte er der Gefahr entgehen, noch in den letzten Kriegstagen wegen Feindbegünstigung von den Nazis erschossen zu werden.
Trotz seiner antifaschistischen Einstellung, die auch seine italienischen Partisanenkameraden bezeugen konnten, mußte er in englische Kriegsgefangenschaft. 1946 konnte Lorenz fliehen und sich zu seiner Familie nach Berlin durchschlagen. Hier wurde er als "Opfer des Faschismus" anerkannt. Das konnte die Adenauer-Regierung indessen nicht davon abhalten, den inzwischen der KPD beigetretenen Lorenz Schreimel aufgrund des KPD-Verbots 7 Monate zu inhaftieren. 1960 kam er zusammen mit seiner zehnköpfigen Familie nach Bremen, die zu unterhalten ihn viel Kraft kostete. Im späteren Alter wurde er bei den "Grauen Panthern" aktiv. Dann verlegte er seine Aktivitäten auf die Vermittlung seiner antifaschistischen Erfahrungen an junge Kameraden und Kameradinnen sowie auf die Mitarbeit in der Friedensinitiative Osterholz-Tenever.

Nach der Devise "macht sauber Euer Haus, schmeißt die Nazis raus" ist der immer noch rüstige Lorenz nach wie vor präsent bei Kundgebungen und Demonstrationen.

John

Z U R   E R I N N E R U N G   A N   R O B E R T   S T A M M

Der 5o. Todestag eines Widerstandskämpfers ist sicherlich ein wichtiger Anlaß, einen Moment im Tagesablauf innezuhalten und sich zu besinnen. Robert Stamm, ehemaliger Bremer Reichstagsabgeordneter und Bezirksleiter Nordwest, wurde am 4. November 1937 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Die Gruppe West gedachte seiner auf ihrer gut besuchten letzten Mitgliederversammlung.
Briefe an seine Frau, die in Schweden im Exil lebte, über den Vater weitergeleitet, verdeutlichen, was für ein Mensch Robert war. Es sind Briefe, die betroffen machen, die Erinnerungen wachrufen, die den Funken überspringen lassen. In der Todeszelle verfaßt, das sichere Ende vor Augen, vermitteln sie eine ungeheure Lebenskraft, die Hoffnung auf eine bessere Welt. Es ist eine warme, eine poetische Sprache, die uns erreicht.
26 Monate Einzelhaft, 5 Monate Todeszelle, in einem Raum von 3 x 2,5o m Größe, nachdem durch Verrat eines Gestapospitzels

seine Widerstandsgruppe "hochgegangen" war.
Seine Briefe machen Mut. Erna Stamm schrieb er, sie solle nicht verzagen, das Grübeln seinlassen, so leben, als sei er bei ihr. Robert schreibt von einer Schwarzdrossel, die erst durch den lauten Ruf seines Gefängniswärters aus ihrem verträumten Gesang aufgeschreckt wird.

In dem Prozeß vor dem Volksgerichtshof wurde vom Richter u.a. auch gefragt, wie die Kommunisten zur nationalen Frage stehen. Robert Stamm erklärte dazu: "Wir Arbeiter sind die besten Nationalisten, wir kämpfen gegen Hitler, weil wir unser Vaterland lieben. Wir wollen unser Vaterland vor der Katastrophe retten, in die es Hitler führen wird."
Die Frage des nationalen Selbstverständnisses steht heute wieder auf der Tagesordnung. In den Auseinandersetzungen der kommenden Jahre, vor allem zum 8. Mai 89, dem Gründungstag der Bundesrepublik Deutschland, wird es darum gehen, in welcher Tradition in der Bundesrepublik ein politisches Selbstverständnis zur Gestaltung der Zukunft entwickelt werden soll.

Joseph Rossaint, Präsident der VVN-BdA, wies schon 1974 auf unsere Aufgabe hin: "Hätten wir vermocht, uns selber vom Nazismus zu befreien, dann wäre der 8. Mai sogar zum Nationalfeiertag geworden. In jedem Falle bleibt er aber der Tag der Befreiung und sollte für alle wenigstens zur Besinnung auf unsere neue und nationale Bestimmung und Aufgabe führen... Von Mal zu Mal muß diese Überzeugung weitere Menschen ergreifen. Zur antifaschistischen Nation werden wir nur durch uns selbst..." RG/BR

T E R M I N E

Gruppe Ost Mitgliederversammlung am 16.12. um 19.3o Uhr in der W a c h m a n n - S t r . 164 a bei Irene

Gruppe West Jahresabschlußfeier am 14. Dez. um 18.3o Uhr im Büro Bgm.-Deichmann-Str. 26

Bremerhaven Mitgliederversammlung am 15. Dez. um 2o Uhr

HB Nord Gustav-Heinemann-Bürgerhaus

2\. Dez. um 17 Uhr "Denk-Mal-Gruppe" Raum 1o1

3\. " um 2o Uhr "KITTNERS" kritisches Kabarett im Saal

16\. " um 2o Uhr Abschlußfeier im Gästen

Geburtstage im Dezember

2. Dez.	Emmi Matej	76 Jahre
6. "	Georg Kusche	83 Jahre
8. "	Antonie Reinecke	81 Jahre
16. "	Alfred Matys	83 Jahre
2o. "	Otto Radies	86 Jahre
22. "	Paul Beermann	85 Jahre
24. "	Ernst Niehoff	76 Jahre
26. "	Lorenz Schreimel	71 Jahre

Unseren Jubilaren herzliche Glückwünsche und ein gutes neues Lebensjahr !

ES GILT, ZEICHEN ZU SETZEN !!!

"Es gilt, Zeichen zu setzen, daß die Bundesrepublik Deutschland aus der faschistischen Vergangenheit gelernt hat." Das war der Tenor der Bürgerschaftssitzung vom 11.11.1987 zum Tagesordnungspunkt "Entwicklung des Rechtsextremismus ´Wehret den Anfängen´".

Während drinnen die Abgeordneten mehr als drei Stunden über das Thema Neofaschismus dabattierten, führte die VVN-BdA vor dem Bürgerschaftsgegäude eine Mahnwache unter dem Motto des Buchenwaldschwures durch. Sehr deutlich spiegelte sich in der Bürgerschaftsd ebatte die in diesem Jahr in der Bremer Öffentlichkeit breit geführte Diskussion um die Gefahren des Neofaschismus wieder.

Dem Parlament lagen Anträge von allen vier Fraktionen vor. Beschlossen wurden die ausführlichen Anträge von SPD und Grünen. Darin wird der Senat aufgefordert
- eine Studie über die Ursachen des Rechtsextremismus, die Motive von Wählern der DVU-Liste D und die Auswirkung der öffentlichen Propaganda zu erstellen;
- die schulische und außerschulische Aufklärung über Nationalsozialismus, Neofaschismus

und Rechtsradikalismus zu verstärken;
- die Öffentlichkeitsarbeit zusammen mit Gewerkschaften, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen zum Thema "Rechtsextremismus" zu intensivieren.

Außerdem wird vom Senat die Prüfung des Verbots rechtsextremer Parteien erwartet. Darüber hinaus sollen alle rechtlichen Möglichkeiten zur Unterbindung neofaschistischer Propaganda ausgeschöpft und die Vergabe von Räumen an diese Organisationen verhindert werden.

Viele Passagen in den verabschiedeten Anträgen von SPD und Grünen machen deutlich, daß ein grundsätzliches Überdenken der Politik erforderlich ist. "Eine Politik, die verhindern will, daß immer neue Sündenböcke gefunden werden, muß auch durch haushaltswirksame Maßnahmen dieser Entwicklung sozialer Konflikte entgegenwirken. Aufklärung verliert ihren Sinn, wenn die tägliche Erfahrung der Ausweglosigkeit der eigenen Situation dagegensteht."

Versuche der CDU,den Neofaschismus zu verharmlosen, den "Linksextremismus" zur Hauptgefahrenquelle zu erklären und Übermalaktionen von DVU-Liste D Plakaten als Terror abzuqualifizieren, wurden von Sozialdemokraten und Grünen entschieden abgewehrt. Stattdessen wurde das engagierte Auftreten von Bremer Antifaschisten gewürdigt und das Wirken der VVN-BdA besonders hervorgehoben.
Bürgermeister Wedemeier erklärte: "Die VVN, in der zweifellos Kommunisten Mitglieder sind, als eine linksradikale Organisation zu bezeichnen, ... mißachtet geradezu das Schicksal derer, die sich in der VVN versammelt haben." Es sei gut, daß sich alle in der Bürgerschaft für verstärkte Aufklärung über den Nationalsozialismus ausgesprochen haben. Die CDU hätte hier offensichlich selber noch einen Nachholbedarf.

Der Bürgermeister rechtfertigte nochmals das gegen einen Vertreter der DVU ausgesprochene Hausverbot im Rathaus mit den Worten:"´Wehret den Anfängen´ muß auch praktiziert werden, man darf nicht nur davon reden."
Die Bürgerschaft hat das Hausverbot für Mitglieder der DVU-Liste D im Rauthaus ausdrücklich begrüßt.

Die Abgeordneten haben gleichzeitig mit ihren Beschlüssen klargestellt, daß auch sie selber nicht nur reden wollen.
Sie haben sich selber verpflichtet, aktiv in Stadtteilinitiativen mitzuarbeiten.

"Die Bürgerschaft ermutig nachdrücklich alle Bürger, antifaschistische Stadtteilinitiativen zu gründen. Die Abgeordneten der diesem Antrag zustimmenden Parteien werden sich daran beteiligen."

Für die antifaschistische Bewegung wird es jetzt vor dem Hintergrund der neuen politischen Situation und den guten parlamentarischen Beschlüssen darauf ankommen, entsprechend vielfältig und zahlreich Aktivitäten in Stadtteilen, Betrieben und Schulen zur Ächtung des Neofaschismus zu entwickeln. Alle Mitglieder der VVN-BdA sind aufgefordert, in ihren Arbeitsbereichen in den Initiativen mitzuarbeiten.

Als erste große Aufgabe der antifaschistischen Bewegung für 1988 steht die Vorbereitung und Durchführung des Antifaschistischen Ratschlages am 31. Januar.

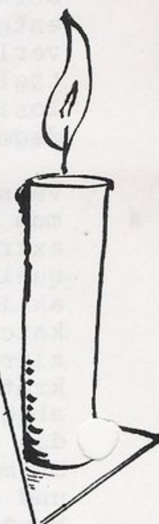
Die Bürgerschaft wird im Frühjahr 1988 eine Anhörung zum Thema Neofaschismus durchführen.

Die VVN-BdA wird zur Mahnung der Bremer Öffentlichkeit - nicht wieder zur Tagesordnung überzugehen - während der nächsten Bürgerschaftssitzungen jeweils eine zweistündige Mahnwache vor dem Bürgerschaftsgebäude durchführen. Das nächste Treffen ist am 9.12. 16.00 - 18.00 Uhr auf dem Marktplatz.

V.H.



Kam., denkt bitte daran, noch einige Kuchen u. Salate zu fertigen u. mitbringen!



Einladung

zur diesjährigen Jahresabschluß-Veranstaltung am Samstag, dem 5. Dez. 1987 um 17 Uhr in der Begegnungsstätte Haferkamp (zu erreichen u.a. mit den Straßenbahnlinien 2 und 10)

aus dem Programm:

Begrüßung: Kam. Peter

Rückblick auf 1987: Kam. Volker

Lateinamerikanische Lieder: Chil. Gruppe Huellaes

Kaltes Buffet .... Dias über Nicaragua: Bernd G.

Gruppe Huellaes aus Chile u. musikal. Abschluß